

Fragen

für die Fragestunde der 19. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 12. März 2014

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27	Krellmann, Jutta (DIE LINKE.)	74, 75
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	54, 55	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	72, 73	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25
Binder, Karin (DIE LINKE.)	1, 2	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	81
Birkwald, Matthias W. (DIE LINKE.)	47, 48	Leidig, Sabine (DIE LINKE.)	45, 46
Buchholz, Christine (DIE LINKE.)	11, 12	Lenkert, Ralph (DIE LINKE.)	33, 34
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	60, 61	Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Dr. Dehm, Diether (DIE LINKE.)	56, 57	Möhring, Cornelia (DIE LINKE.)	13, 14
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	28
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	51, 52	Pau, Petra (DIE LINKE.)	67, 68
Groth, Annette (DIE LINKE.)	39, 40	Renner, Martina (DIE LINKE.)	69, 70
Grund, Manfred (CDU/CSU)	30	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	79, 80
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	58, 59	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 65
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	29, 64	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	3, 4
Höger, Inge (DIE LINKE.)	8, 9	Tank, Azize (DIE LINKE.)	77, 78
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	5, 6	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	43, 44
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	38, 66	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	15
Karawanskij, Susanna (DIE LINKE.)	35, 36	Wawzyniak, Halina (DIE LINKE.)	76
Kassner, Kerstin (DIE LINKE.)	53	Weinberg, Harald (DIE LINKE.)	17, 18
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	71
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20		
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	62, 63		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	82, 83
Wöllert, Birgit (DIE LINKE.)	16, 37	Zimmermann, Pia (DIE LINKE.)	41, 42

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	22

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

1. Abgeordnete
Karin Binder
(DIE LINKE.)
Bedeutet die gegenseitige Anerkennung von geltenden Verbraucherschutzstandards, die derzeit Maßstab für den Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen bei den TTIP-Verhandlungen sind, dass die US-Unternehmen z. B. ihre mit Chlor behandelten Hühnchen zukünftig ohne Einschränkung in Europa verkaufen dürfen?
2. Abgeordnete
Karin Binder
(DIE LINKE.)
Welche Unterschiede zwischen der EU und den USA bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung bezüglich des Vorsorgeprinzips bei Verbraucherschutz- und Umweltstandards, der Kennzeichnung und der Zulassung von Produkten, Lebensmitteln und Chemikalien?
3. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
Wenn die Bundesregierung die EU-Lebensmittelstandards insbesondere hinsichtlich des Prinzips des vorbeugenden Verbraucherschutzes als im TTIP nicht verhandelbar ansieht, inwieweit setzt sie sich dann im Rat dafür ein, das Agrarkapitel aus dem Verhandlungsmandat auszuschließen?
4. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
Welche konkreten Verhandlungsangebote sind im EU-Verhandlungsmandat im Agrar- und Lebensmittelkapitel enthalten, und welche positiven oder negativen Auswirkungen erwartet die Bundesregierung für die EU-Agrar- und -Lebensmittelwirtschaft aus den Verhandlungen?
5. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie haben sich seit dem Jahr 2009 die Absatzmengen von Cephalosporinen der 3. und 4. Generation sowie von Fluorchinolonen in der Veterinärmedizin entwickelt (bitte nach Jahren auflisten), und wie hat sich im gleichen Zeitraum die Antibiotikaresistenzlage bei E.-Coli-Bakterien entwickelt (bitte nach Jahren und allen untersuchten Wirkstoffgruppen auflisten)?

6. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung angesichts der laut BVL-Monitoring 2012 „besorgniserregenden“ Resistenzentwicklung bei den auch als Reserveantibiotika bekannten Cephalosporinen der 3. und 4. Generation und Fluorchinolonen weitere Einschränkungen oder ein Verbot des Einsatzes in der Veterinärmedizin, und wenn nein, warum nimmt sie hier möglicherweise billigend eine weitere Verschärfung der Resistenzlage und damit die Gefährdung von Menschenleben in Kauf?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

7. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wurde zum Zeitpunkt des Munitionsdiebstahls in der Bundeswehrkaserne in Seedorf am 7. Februar 2014 zur Sicherung der Liegenschaften der Kaserne privates Sicherheitspersonal eingesetzt, oder oblag die Sicherung der Anlagen allein Bundeswehrpersonal?
8. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung über den „besonderen Auftrag“ und das „besondere Waffensystem“ des Flottendienstbootes Alster vor, die das Boot nach Aussagen des stellvertretenden Kommandeurs Frederic Strauch hat und das nach Presseangaben (Eckernförder Zeitung vom 25. Februar 2014) in Richtung südliches bzw. östliches Mittelmeer aufgebrochen ist?
9. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung bezüglich eines Luftangriffs der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF), bei dem nach Angaben der afghanischen Regierung am 6. März 2014 in der Provinz Logar fünf afghanische Soldaten im Verlauf eines US-Drohnenangriffs getötet wurden (vgl. z. B. www.dradiowissen.de vom 6. März 2014), und erwägt die Bundesregierung infolge dieses Vorfalls und ähnlicher Vorfälle, die Forderung nach einem Ende des Einsatzes von Kampfdrohnen zu unterstützen?

10. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Angesichts der Meldung über zahlreiche durch einen US-Drohneinsatz der ISAF-Streitkräfte in Afghanistan getötete und verwundete Menschen (SPIEGEL ONLINE vom 5. März 2014, 18.23 Uhr) frage ich, welche Erkenntnisse die Bundesregierung oder ihr nachgeordnete Behörden für die Zeit seit Anfang 2013 über Drohnen- und Kommandoeinsätze mit Getöteten oder Verwundeten und über eine deutsche Beteiligung daran, insbesondere im Norden des Landes, wo die Bundeswehr die Verantwortung trägt (bitte Anzahl der Einsätze, Orte und jeweilige Opferzahl angeben) haben, und warum wird die Operation ISAF mit vielen afghanischen Opfern im Jahr des Abzuges der NATO aus Afghanistan fortgesetzt, obwohl dadurch vor Ende dieses NATO-Einsatzes zusätzlich Gewalt und Hass in der Bevölkerung geschürt werden und die Regierung von Hamid Karsai immer wieder dagegen protestiert hat?
11. Abgeordnete
Christine Buchholz
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung bisher im Rahmen der laut der Bundesministerin der Verteidigung Dr. Ursula von der Leyen „seit geraumer Zeit bestehenden Parallelplanung“ (REUTERS vom 26. Februar 2014) für einen Komplettabzug der Bundeswehr aus Afghanistan unternommen, und wann ist der spätmöglichste Zeitpunkt, an dem er in Angriff genommen werden muss, um noch im Jahr 2014 abgeschlossen werden zu können?
12. Abgeordnete
Christine Buchholz
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hält die Bundesregierung die vom Hersteller Airbus als Entschädigung für die Reduzierung einer Eurofighter-Bestellung angekündigte Forderung in Höhe von rund 900 Mio. Euro für gerechtfertigt, und in welcher Höhe hat sie dafür in ihrer Haushaltsplanung bereits Mittel eingeplant?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

13. Abgeordnete
Cornelia Möhring
(DIE LINKE.)
- Was sind die konkreten Gründe für die Verzögerung der Ratifizierung der von der Bundesregierung am 11. Mai 2011 unterzeichneten Konvention „Übereinkommen des Europarates zur Verhütung

und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (SEV-Nr.: 210), und wie ist die weitere zeitliche Umsetzungsplanung?

14. Abgeordnete
Cornelia Möhring
(DIE LINKE.)
- Welche weitergehenden Maßnahmen will die Bundesregierung zur verbindlichen Garantie eines flächendeckenden Schutzes von Frauen gegen Gewalt ergreifen bzw. hat sie konkret in Planung über die Einrichtung des bundesweiten Hilfetelefons hinaus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

15. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen könnte das Freihandelsabkommen TTIP nach derzeitigem Kenntnisstand der Bundesregierung auf die Zulassung von Arzneimitteln innerhalb der EU haben, und welche Auswirkungen könnte das Freihandelsabkommen nach Einschätzung der Bundesregierung für die Hersteller von patentgeschützten Präparaten haben, was sowohl die Laufzeit der Patente als auch Art und Umfang von Patent- und Unterlagenschutz anbelangt?
16. Abgeordnete
Birgit Wöllert
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass durch das Freihandelsabkommen TTIP im Bereich der Palliativversorgung bzw. der Sterbebegleitung eine stärkere Markt- bzw. Wettbewerbsorientierung zum Tragen kommt und auf diese Weise bisher aktive, gemeinnützige Träger von privaten, gewinnorientierten Anbietern verdrängt werden?
17. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass sie ein TTIP-Abkommen ratifizieren wird, das die Möglichkeit beinhaltet, dass Krankenhausleistungen zukünftig ausgeschrieben werden müssen oder multinationale Unternehmen sich einen Zugang in die derzeit noch öffentlich und gemeinnützig dominierte Krankenhauslandschaft einklagen können?
18. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass sie ein TTIP-Abkommen ratifizieren wird, das die Möglichkeit beinhaltet, dass Versicherungsunternehmen Zugang in das System der gesetzlichen Krankenkassen

erhalten oder das die Möglichkeit beinhaltet, dass gesetzliche Krankenkassen Privatisierungstendenzen ausgesetzt werden?

19. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Entwicklung der Ausgaben- und Einnahmensituation sowie die Zusatzbeitragssatzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung jeweils in den Jahren 2014 bis 2017 vor dem Hintergrund der geplanten Kürzung des Bundeszuschusses ein, und wann wird nach Schätzung der Bundesregierung die Liquiditätsreserve aufgebraucht sein?
20. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung im Rahmen des Entwurfs eines GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetzes festlegen, dass die 6 Mrd. Euro, die beim Bundeszuschuss zur Sanierung des Bundeshaushalts gekürzt werden, den Einnahmen des Gesundheitsfonds aus der Liquiditätsreserve zugeführt werden, wie dies bei der Abschaffung der Praxisgebühr auch verbindlich geregelt wurde, oder wie will sie sonst sicherstellen, dass der gesetzlichen Krankenversicherung wie vom Bundesminister für Gesundheit Hermann Gröhe zugesagt, auch in den Jahren 2014 und 2015 14 Mrd. Euro aus den Fondsreserven zur Verfügung stehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

21. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem am 28. Februar 2014 vorgelegten Untersuchungsbericht 255/12 der Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung zum sehr schweren Seeunfall des Containerschiffes MSC FLAMINIA, und welche bestehenden bzw. zu schließenden Lücken sieht sie in der europäischen Gesetzgebung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

22. Abgeordneter
Peter Meiwald
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist der aktuelle Spendenstand beim Förderverein Berliner Schloss e. V. bzw. der Stiftung Berliner Schloss – Humboldtforum, und gibt es darunter zweckgebundene Spenden, beispielsweise für einzelne Fassadenelemente, die Kuppel oder Ähnliches?
23. Abgeordneter
Peter Meiwald
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche anderen Pläne zur Kostenübernahme gibt es, wenn die notwendigen Spenden nicht generiert werden, und welche Verpflichtungsermächtigungen für vorbereitende Planungs- und Bauleistungen für die historische Fassade bzw. die zusätzlichen baukulturell bedeutsamen Optionen wurden vom Bund bereits eingegangen, ohne dass die dafür notwendigen Spenden vorliegen?
24. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird der Bund weitere Kosten beim Berliner Stadtschloss (Humboldtforum) übernehmen, wenn die notwendigen 80 Mio. Euro an Spenden für die historische Fassade sowie die 28,5 Mio. Euro an Spenden für die zusätzlichen baukulturell bedeutsamen Optionen (Kuppel etc.) nicht generiert werden, und wenn ja, in welcher Höhe?
25. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe rechnet der Bund mit zusätzlichen Kosten beim Berliner Stadtschloss (Humboldtforum) über die ursprünglich geplanten 590 Mio. Euro hinaus, und plant der Bund, diese in vollem Umfang zu übernehmen?
26. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wurden beim Treffen der Umweltminister der Länder Polen, Frankreich und Deutschland im Rahmen des Weimarer Dreiecks im Februar dieses Jahres konkrete Ziele hinsichtlich der notwendigen europäischen Klima- und Energieziele nach 2020 genannt, nachdem die Umweltminister in der Abschlusserklärung darin übereinstimmten, „dass die EU zeitnah einen Beitrag für die Zeit nach 2020 vorlegt, der mit dem globalen Anspruch vereinbar ist, den Temperaturanstieg auf weniger als zwei Grad im Vergleich mit der Zeit vor der Industrialisierung zu begrenzen“, und inwieweit gab es dazu Einigkeit?

27. Abgeordnete
**Annalena
Baerbock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Vorschläge zur Reform des europäischen Emissionshandels wurden beim Treffen der Umweltminister der Länder Polen, Frankreich und Deutschland im Rahmen des Weimarer Dreiecks im Februar dieses Jahres erörtert, nachdem sich in der Weimarer Erklärung vom Februar 2014 „die Minister zudem einig waren, dass das europäische Emissionshandelssystem eine wichtige Rolle dabei spielt, CO₂-Emissionen kosteneffizient zurückzufahren“ sowie weiter betont wurde, dass die Umweltminister ihr Interesse zum Ausdruck gebracht hatten, „an dem Vorschlag der Kommission für eine strukturelle Reform des Systems zu arbeiten“, und welche konkreten weiteren Schritte wurden diesbezüglich verabredet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

28. Abgeordnete
**Niema
Movassat**
(DIE LINKE.)
- Welche Pläne liegen im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bezüglich der angekündigten Etablierung zehn grüner Wertschöpfungszentren in Afrika bisher vor (bitte besonders auf konkrete Lage, inhaltliche Ausrichtung, Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren, Involvement deutscher Unternehmen eingehen), und welcher Zusammenhang besteht hierbei zu anderen, bereits bestehenden landwirtschaftlichen Entwicklungsprojekten (wie der G8 New Alliance, der German Food Partnership oder den Agricultural Growth Corridors)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

29. Abgeordneter
**Dr. André
Hahn**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hält die Bundesregierung die Berücksichtigung des Qualitätsgrundsatzes „barrierefrei“ in dem „Vorschlag für eine Empfehlung des Rates betreffend die europäischen Qualitätsgrundsätze für den Tourismus“ (Ratsdokument 6872/14 vom 21. Februar 2014) mit Blick auf die auch vom Europäischen Parlament ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention (BRK – hier insbesondere die Artikel 9 und 30) für ausreichend, und was hat die Bundesregierung getan, um gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen und ihren Organisationen (entspre-

- chend Artikel 4 Absatz 3 BRK), zum Beispiel der Nationalen Koordinationsstelle Tourismus für Alle e. V., dafür zu werben, dass sich der Qualitätsgrundsatz „barrierefrei“ und ein europaweit einheitliches Kennzeichnungssystem dafür (über Nummer 3 Buchstabe d Ziffer ii hinaus) in den Empfehlungen wiederfinden?
30. Abgeordneter
Manfred Grund
(CDU/CSU)
- Besitzt die Bundesregierung Kenntnis darüber, dass das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) künftig Kunststoffrecyclingunternehmen von der Befreiung zur Zahlung der EEG-Umlage auszuschließen plant (vgl. Schreiben des BAFA vom 14. Januar 2014, Az. 13705), und wenn ja, wie bewertet sie die Folgen für die deutschen Recyclingunternehmen mit ihren mehr als 100 000 Beschäftigten?
31. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgte die Verschiebung der Veröffentlichung des Netzentwicklungsplans Strom 2014 (siehe Meldung „Veröffentlichung NEP und O-NEP 2014“ unter www.netzentwicklungsplan.de/ver%C3%B6ffentlichung-nep-und-o-nep-2014) vor dem Hintergrund, dass § 12b des Energiewirtschaftsgesetzes eine Veröffentlichung am 3. März eines jeden Jahres verpflichtend vorsieht, und welcher Zusammenhang besteht zwischen dieser Entscheidung und der öffentlichen Debatte über den Bau der Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitung von Bad Lauchstädt nach Meitingen im Vorfeld der bayerischen Kommunalwahlen?
32. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen konkreten Inhalt (u. a. Vergütungshöhe, Laufzeit etc.) besitzt der Vertrag für so genannte Redispatch-Maßnahmen der Kraftwerksblöcke 4 und 5 des Gaskraftwerks Irsching, der im Frühjahr 2013 zwischen den Kraftwerksbetreibern, dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT und der Bundesnetzagentur geschlossen wurde, und wo ist dieser Vertrag einsehbar?
33. Abgeordneter
Ralph Lenkert
(DIE LINKE.)
- Wie hoch belaufen sich die bereits angefallenen Verfahrenskosten im ICSID-Schiedsverfahren Vattenfall gegen Deutschland für die Bundesregierung (bitte nach Jahren aufschlüsseln), und mit welchen zukünftigen Verfahrenskosten rechnet die Bundesregierung (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

34. Abgeordneter
Ralph Lenkert
(DIE LINKE.)
- Wie viele Streitverfahren vor internationalen Schiedsgerichten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren auf welche Art und mit welchen Zahlungen von Staaten an Investoren beendet (bitte aufschlüsseln nach abgewiesenen Klagen, Urteilen mit Freispruch für Staaten, Urteilen mit Verurteilung von Staaten zu Schadenersatz und abgeschlossenen Vergleichen mit teilweisem Schadenersatz)?
35. Abgeordnete
Susanna Karawanskij
(DIE LINKE.)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung in den Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu der potenziellen Problematik, dass in Deutschland über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ein Finanzinstrument, das für volkswirtschaftlich und Verbraucherschutzpolitisch schädlich gehalten wird (beispielsweise bestimmte Genussrechte), zukünftig möglicherweise vom Markt genommen werden kann, daraufhin jedoch der betroffene Finanzdienstleister, der diese Genussrechte emittiert, gemäß der TTIP eine Schadenersatzforderung erheben könnte, weil durch das Verbot durch die BaFin seine Gewinnerwartungen deutlich zurückgehen?
36. Abgeordnete
Susanna Karawanskij
(DIE LINKE.)
- In welchem Umfang möchte die Bundesregierung im Rahmen der TTIP-Verhandlungen die Schutzrechte für öffentliche Sparkassen bewahren, wenn zukünftig die Regel greift, dass kein ausländischer Dienstleistungsanbieter schlechter behandelt werden darf als ein inländischer Anbieter (Inländerbehandlung) und in der Folge ausländische Dienstleistungsanbieter z. B. aus dem Bankensektor genau diese Schutzrechte ebenfalls einfordern?
37. Abgeordnete
Birgit Wöllert
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass durch das Freihandelsabkommen TTIP im Bereich des Rettungsdienstes Privatisierungen eingeleitet werden könnten und auf diese Weise bisherige kommunale Träger von privaten, gewinnorientierten Anbietern verdrängt werden?
38. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern geht die Bundesregierung davon aus, dass das TTIP-Abkommen die Konkurrenz der Arbeiterinnen und Arbeiter in den USA und der EU und den Druck auf soziale und Arbeitsstandards in den USA und der EU erhöhen würde, und inwiefern ist im Rahmen des Verhandlungsmandats der Europä-

ischen Kommission die Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) nach der Etablierung allgemeiner Standards für die Arbeitnehmerrechte, die industriellen Beziehungen und die Mitbestimmungsrechte, die dem höchsten Niveau entsprechen, das bislang in einem Land erreicht wurde, und der Einführung expliziter Klauseln, die einen Abbau von Arbeitnehmerrechten und Sozialstandards verbieten und den jeweils höchsten erreichten Standard absichern (www.dgb.de vom 14. Mai 2013), umsetzbar?

39. Abgeordnete
Annette Groth
(DIE LINKE.) Welche konkreten Auswirkungen für die Teilnahme am Welthandel erwartet die Bundesregierung für die Länder des globalen Südens durch den Abschluss eines Freihandelsabkommens EU-USA?
40. Abgeordnete
Annette Groth
(DIE LINKE.) Welche konkreten Auswirkungen auf die Klagemöglichkeiten von international agierenden Unternehmen vor einem möglichen internationalen Schiedsgericht, das durch ein Freihandelsabkommen EU-USA geschaffen werden könnte, sieht die Bundesregierung bei einem möglichen Verbot von Fracking in Deutschland, zum Beispiel in Fällen von Unternehmen?
41. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, welche Dienstleistungssektoren bei den Verhandlungen im Trade in Services Agreement von Liberalisierungen ausgenommen werden sollen und ob sich darunter Bereiche der Pflege- und Gesundheitsversorgung befinden?
42. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.) Kann die Bundesregierung ausschließen, dass sie ein TTIP-Abkommen ratifizieren wird, in dem der Bereich der Alten- und Krankenpflege stärker dereguliert wird und dies zu mehr Belastungen der Pflegebedürftigen und für deren Angehöriger führt?
43. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.) Wie ist der aktuelle Stand in der Frage, Finanzdienstleistungen innerhalb der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu verhandeln unter Berücksichtigung der der Presse zu entnehmenden unterschiedlichen Positionen der Verhandlungsführer in Hinblick auf die Einbezie-

hung von Fragen der Finanzmarktregulierung (FINANCIAL TIMES vom 27. Januar 2014, „Brussels wants finance rules back in US trade pact“)?

44. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Welche Arten von Finanzdienstleistungen sollen aus Sicht der europäischen Verhandlungsführung von der TTIP erfasst werden, und zu welchen so genannten Verpflichtungen (commitments) hat sie sich konkret bereit erklärt?
45. Abgeordnete
Sabine Leidig
(DIE LINKE.)
- Wie wurden nach Kenntnis der Bundesregierung die Mitglieder der so genannten Beratergruppe (Advisory Group) zur Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) ausgewählt, und sind die unterschiedlichen Positionen und Perspektiven auf die TTIP nach Einschätzung der Bundesregierung ausgewogen vertreten (bitte begründen, auch in Hinblick auf TTIP-kritische Positionen), sodass dies auch der Ausgewogenheit des gesamten Verhandlungsprozesses genügt?
46. Abgeordnete
Sabine Leidig
(DIE LINKE.)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung hinsichtlich demokratischer Legitimation und parlamentarischer Regulierungshoheit zum Vorschlag des EU-Handelskommissars Karel De Gucht, im Rahmen der TTIP einen „Regulatory Cooperation Council“ zu etablieren – ein Gremium, das alle zukünftigen Regulierungsvorschläge dahingehend prüfen soll, ob sie einen wesentlichen Einfluss auf den transatlantischen Handel haben und mit den TTIP-Vereinbarungen kongruieren?
47. Abgeordneter
Matthias W. Birkwald
(DIE LINKE.)
- Welche Dienstleistungsbereiche sollen nach Meinung der Bundesregierung bei der TTIP auf die Negativliste gesetzt werden, und setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass alle öffentlichen Dienstleistungen von der Liberalisierung ausgenommen werden (bitte begründen)?
48. Abgeordneter
Matthias W. Birkwald
(DIE LINKE.)
- Wie ist das Verfahren einer Negativliste nach Meinung der Bundesregierung mit noch nicht absehbaren zukünftigen Bereichen vereinbar, und warum setzt sich die Bundesregierung nicht für eine Positivliste ein?

49. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den aktuellen Stand der Verhandlungen zur TTIP, und welches sind aus Sicht der Bundesregierung die größten Differenzen zwischen den Vertragspartnern, die ein Fortkommen der Verhandlungen zum jetzigen Zeitpunkt erschweren?
50. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Grund gibt es dafür, dass der Investitionsschutz und Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren nicht aus den Verhandlungen zur TTIP herausgenommen werden, obwohl sowohl die USA als auch Europa und die Bundesrepublik Deutschland in ihren Verfassungen das Recht auf Eigentum und die Gewerbefreiheit garantieren, in einem umfassenden Gesetzesrahmen sichern sowie durch eine unabhängige Justiz absichern?
51. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)
- Inwiefern hätte ein angeblich neuartiges Investitionsschutzkapitel mit „modernen, nachvollziehbaren Vereinbarungen“ zwischen der EU und den USA Auswirkung auf sonstige bestehende Investitionsschutzverträge (abgesehen von den einzelnen EU-Ländern, die bereits ein Investitionsschutzabkommen mit den USA haben), und wie kann insofern „ein für alle Mal ein Missbrauch der Investmentregeln verhindert“ werden (Karel De Gucht in SZ vom 21. Januar 2014)?
52. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung einerseits aufgrund des geringeren Ambitionsniveaus der USA und stockender Verhandlungen zu Zöllen oder Marktzugang (vgl. FAZ vom 5. März 2014) und andererseits aufgrund der Rüge der Europäischen Union an den hohen deutschen Exportüberschüssen Veranlassung, Veränderungen in Gewichtung und Ausrichtung der TTIP vorzunehmen sowie die exportorientierte Wachstumsstrategie zugunsten einer stärkeren Orientierung auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung zu modifizieren (bitte begründen), und wenn ja, welche konkret?
53. Abgeordnete
Kerstin Kassner
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkungen sind beim Zustandekommen des geplanten Freihandelsabkommens TTIP zwischen der EU und den USA mit einer entsprechenden Marktzugangspflicht in Bezug auf die kommunale Organisationshoheit im Bereich der kommunalen Wasserver- und Abwasserentsorgung zu erwarten?

54. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.) Für welche Position der Europäischen Union setzt sich die Bundesregierung hinsichtlich der TTIP-Verhandlungen und eines Verbots der Umgehung von Kopierschutzmechanismen und auch des Verbots entsprechender Anwendungen ein?
55. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.) Für welche Position der Europäischen Union setzt sich die Bundesregierung bei den TTIP-Verhandlungen mit Blick auf die Urheberrechtsdurchsetzung, insbesondere hinsichtlich eines Three-Strikes-Modells und der Ausweitung der Störerhaftung bei Urheberrechtsverletzungen außerhalb Deutschlands, ein?
56. Abgeordneter
Dr. Diether Dehm
(DIE LINKE.) Existiert im Rahmen der Verhandlungen über das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) international und auch zwischen den Verhandlungspartnern EU und USA eine belastbare Einigkeit darüber, was mit dem Begriff „indirekte Enteignung“ umschrieben werden soll, und welche Rechtsfolgen im Falle der Feststellung, dass eine „indirekte Enteignung“ vorliegt, hätte dies?
57. Abgeordneter
Dr. Diether Dehm
(DIE LINKE.) Wie verhalten sich die Vorschläge und Überlegungen über die „indirekte Enteignung“ zu Artikel 345 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in dem es ohne Einschränkung heißt: „Die Verträge lassen die Eigentumsordnung in den verschiedenen Mitgliedstaaten unberührt.“, und welchen Einfluss hätten Regelungen über eine „indirekte Enteignung“ in der TTIP auf „Enteignung[en] zum Wohle der Allgemeinheit“ nach Artikel 14 Absatz 3 des Grundgesetzes (GG) und über die Überführung „in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft“ nach Artikel 15 GG?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

58. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.) Welche Sanktionen hat die Bundesregierung gegen die US-Regierung nach dem Einmarsch in den Irak im Jahr 2003 beschlossen?

59. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Einsatz von Scharfschützen im Februar 2014 auf dem Maidan in Kiew?
60. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
Inwieweit setzt sich die Bundesregierung für eine internationale forensische Untersuchung ein, die dem Verdacht des estnischen Außenministers Urmas Paet nachgeht, den er in einem abgehört und inzwischen online gestellten Telefonat mit der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton am 26. Februar 2014 geäußert hat, dass Demonstranten und Polizisten auf dem Maidan von denselben Scharfschützen erschossen wurden, hinter denen nicht der ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch stand, sondern Mitglieder der neuen Regierungskoalition, und dieser Verdacht nach einem Gespräch mit einer Ärztin, der zufolge Demonstranten und Polizisten von den gleichen Leuten erschossen worden seien, worauf die verwendete Munition hinweise, sich verstärkt habe (www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/kiew-ukraine-telefonat-ashton-paet), und liegen der Bundesregierung Informationen über die Gründe der bisher ausgebliebenen diesbezüglichen Ermittlungen der Morde durch Scharfschützen vor?
61. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
Hat die Bundesregierung ihre Planungen für einen Einsatz der Deutschen Marine zum vermeintlichen Schutz vor Terroristen derjenigen Schiffe, die an der Vernichtung der syrischen Chemiewaffen beteiligt sind, angesichts der Äußerungen des NATO-Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen, dass die „Planungen für eine gemeinsame Mission bei der Vernichtung syrischer Chemiewaffen auf einem US-Schiff im Mittelmeer beendet“ worden seien (<http://de.reuters.com/article/topNews/idDEBEEA2500220140306?sp=true>), eingestellt, oder plant die Bundesregierung den vermeintlichen Schutz der Schiffe in einem anderen Rahmen?
62. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zur Sicherheitslage an den fünf ukrainischen Atomstandorten, und wie wird sie sich bezüglich der Forderung aus dem ukrainischen Parlament, die internationale Staatengemeinschaft solle zum Schutz der Atomanlagen Hilfe leisten, positionieren (bitte mit ausführlicher Erläuterung des Vorgehens bzw. auch eigener geplanter Maßnahmen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

63. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen Bundesländerregionen sind der Vollzug und die Umsetzung der (Rahmen-)Empfehlungen des Bundes für den atomkraftwerkebezogenen Katastrophenschutz nach Kenntnis der Bundesregierung und der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern hinsichtlich der Qualität stark verbesserungsbedürftig (bitte möglichst vollständige und konkrete Darlegung, falls möglich auch auf Ebene der Kreise und Städte), und welche Berichte von atomkraftwerkebezogenen Katastrophenschutzübungen der letzten zehn Jahre sind der Bundesregierung und/oder der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern bekannt (bitte jeweils mit Angabe, mit welchem Verschlussachengrad sie eingestuft sind)?
64. Abgeordneter
**Dr. André
Hahn**
(DIE LINKE.)
- Bis wann werden nach Kenntnis der Bundesregierung die Abschlussberichte der vom Deutschen Olympischen Sportbund eingesetzten so genannten Steiner-Kommission und der Evaluierungskommission Freiburger Sportmedizin vorliegen, und was ist aus Sicht der Bundesregierung noch zu tun, um in absehbarer Zeit über einen möglichen fortbestehenden Forschungsbedarf zum Thema „Doping in Deutschland in der Zeit von 1990 bis heute“ zu entscheiden (siehe auch Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/683)?
65. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Erlaubnis zur Weiterreise einer Mutter zweier von der Polizei als „islamistische Extremisten“ bezeichneter Personen, bei der, während der Ausreisekontrolle im Flughafen Köln/Bonn, dutzende Magazine für Sturmgewehre des Typs AK-47 gefunden wurden, ohne diese anschließend einzubehalten (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Februar 2014), und inwiefern steht die Duldung bzw. Unterstützung der Reisetätigkeit und des Waffentransports von möglichen V-Personen und deren Angehörigen nach Syrien der gemeinsamen Linie aller Bundesländer entgegen, die Dschihadisten an der Ausreise zu hindern?
66. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.)
- Auf welche Hersteller von Data Mining Software ist das Bundeskriminalamt (BKA) im Rahmen seiner „Marktbeobachtung“ (Bundestagsdrucksache 18/571) bislang gestoßen (bitte hierzu mitteilen, an Vor-

führungen welcher Produkte Behörden des Bundesministeriums des Innern teilnahmen, Testberichte anforderten oder diese ungefragt erhielten), und inwiefern bzw. mit welchem (Zwischen-)Ergebnis wird beim BKA auch untersucht, ob Data Mining und das damit verbundene Herstellen von „neue[m] Wissen“ (Bundestagsdrucksache 17/11582) überhaupt eingesetzt werden darf, ohne die jeweiligen Errichtungsanordnungen durchsuchter Datenbanken zu ändern bzw. anderweitig für die Umsetzung von Bürgerrechten und Datenschutz zu sorgen?

67. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Personen aus dem NSU-Ermittlungs- und Klagekomplex befanden und befinden sich gegenwärtig im BKA-Zeugenschutzprogramm, und durch welche Aktivitäten aus den Bereichen organisierte und politisch motivierte Kriminalität wird dies für die einzelnen Personen begründet?
68. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(DIE LINKE.)
- Vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 18/682) auf Seite 4 ausführt: „Wirkungsvoller Zeugenschutz in aktuellen und künftigen Fällen kann nur gewährleistet werden, wenn die Arbeitsweise des Zeugenschutzes nicht offen gelegt wird. Aus diesem Grunde können keine Einzelheiten zur personellen und materiellen Ausstattung der Zeugenschutzdienststelle sowie zu zeugenschutztaktischen Vorgehensweisen, wie z. B. der personellen Ausgestaltung der Sachbearbeitung im Einzelfall, mitgeteilt werden [...]. Im Hinblick auf die Beantwortung der vorliegenden Kleinen Anfrage ist die Bundesregierung – nach sorgfältiger Abwägung – zu der Auffassung gelangt, dass hier der Schutz der hier in Frage stehenden Individualrechtsgüter (insbesondere das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 GG) geschützter Personen, ihrer Angehörigen und der sie schützenden Zeugenschützer sowie das Interesse des Staates an einer funktionierenden und effektiven Strafrechtspflege das Auskunftsrecht des Abgeordneten bzw. der Fraktion im Einzelfall überwiegen und daher eine Beantwortung nicht erfolgen kann“, frage ich, wie nach Ansicht der Bundesregierung die parlamentarische Kontrolle des Zeugenschutzprogramms des BKA erfolgen soll?

69. Abgeordnete
**Martina
Renner**
(DIE LINKE.)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch zwischen ihrer Antwort auf Bundestagsdrucksache 18/682, wonach sich der Angeklagte H. G. lediglich einmal – und das vor Beginn seiner Aufnahme ins Zeugenschutzprogramm des BKA – mit Zeugen im NSU-Verfahren vor dem Oberlandesgericht (OLG) München getroffen habe, und den Aussagen der Zeugen A. Sch. und seiner Verlobten vor dem OLG München, wonach es mindestens zwei Treffen gegeben habe, zu denen H. G. in Begleitung von BKA-Zeugenschützern erschienen sei (vgl. www.nsu-nebenklage.de)?
70. Abgeordnete
**Martina
Renner**
(DIE LINKE.)
- Geht die Bundesregierung davon aus, dass die Zeugen A. Sch. und seine Verlobte in ihren Aussagen zu der Frage der Begleitung von H. G. gelogen haben, und wenn ja, hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, dass der Generalbundesanwalt deshalb Ermittlungen wegen uneidlicher Falschaussage gegen die Zeugen eingeleitet hat (Bundestagsdrucksache 18/682)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

71. Abgeordnete
**Katrin
Werner**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit unterstützt die Bundesregierung die Position der Interessenvertretung behinderter Frauen Weibernetz e. V., eine Strafrahmenanpassung bei sexuellem Missbrauch widerstandsunfähiger Personen innerhalb des Strafrechtes vorzunehmen und für die notwendigen Änderungen „eine Rechts-tatsachenuntersuchung, in der geprüft wird, in welchen Fällen in den letzten Jahren nach § 179 StGB verhandelt wurde und ob die unterschiedlichen Strafmaße noch zeitgemäß sind“ in Auftrag zu geben (www.kobinet-nachrichten.org/de/1/nachrichten/28894/Weibernetz-fordert-Untersuchung-in-Sachen-Sexualstrafrecht.htm)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

72. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen der Vorstellungen Griechenlands über einem weiteren Schuldenschnitt in Bezug auf die nur noch wenig vorhandenen Privatgläubiger von Staatsschulden auf die staatlichen Gläubiger und damit die europäischen Steuerzahler (www.dw.de vom 29. Januar 2014), und inwiefern würde ein weiterer Schuldenschnitt durch vergleichbare Forderungen anderer Krisenstaaten die gesamte Eurorettungsstrategie untergraben?
73. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Umsetzung der Programme aus den Rettungsmaßnahmen für Griechenland hinsichtlich des immer noch ausstehenden Prüfberichtes der Troika vom Januar 2014, der ebenso ausstehenden Auszahlungen der für Dezember 2013 und für März 2014 vorgesehenen Tranchen von bis zu 5 Mrd. Euro vor dem Hintergrund des Abschlusses der Prüfmission im Mai 2014 und der dann fälligen Staatsleihen von ca. 10 Mrd. Euro?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

74. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im Rahmen des Freihandelsabkommens auch von den USA eingehalten werden, angesichts der Tatsache, dass die USA die entsprechende ILO-Konvention von 1998 nicht ratifiziert haben und nur zwei der acht Normen für sich als verbindlich erklären (www.dgb.de/repository/public_storage/aaaaea4dc-bc89-11e2-bf0d-00188b4dc422/file/Stellungnahme-geplante-Verhandlungen-handels-und-Investitionsabkommen-EU-USA.pdf), und wird die Bundesregierung einem Abkommenstext zustimmen, der nicht die Wahrung der ILO-Kernarbeitsnormen zur Voraussetzung hat, obwohl dies im Verhandlungsmandat für die Europäische Kommission als Ziel erklärt wird?

75. Abgeordnete
**Jutta
Krellmann**
(DIE LINKE.)
- Geht die Bundesregierung davon aus, dass die USA als Voraussetzung für ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union die entsprechende ILO-Konvention ratifizieren werden (www.ilo.org/berlin/arbeits-und-standards/kernarbeitsnormen/lang-de/index.htm), obwohl sie dies bis zum heutigen Tag verweigert haben, und wenn nein, geht die Bundesregierung davon aus, dass die Europäische Kommission im Falle der Verweigerung der Ratifizierung durch die USA die Frage der Arbeitsnormen zur Sollbruchstelle eines Freihandelsabkommens machen wird?
76. Abgeordnete
**Halina
Wawzyniak**
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung, den am 19. Dezember 2011 erklärten Vorbehalt gegen die Anwendung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) im Rahmen des Europäischen Fürsorgeabkommens zurückzunehmen und somit auch die Ausschlussregelung des § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 SGB II aufzuheben?
77. Abgeordnete
**Azize
Tank**
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung seit der Veröffentlichung ihres 8. Menschenrechtspolitikberichts im Jahr 2008 im Hinblick auf die Operationalisierung der sozialen Menschenrechte durch Ratifikation des Fakultativprotokolls zum UN-Sozialpakt ergriffen, welches die Gleichrangigkeit sozialer Menschenrechte auch hinsichtlich der internationalen Durchsetzbarkeit durch ein Individualbeschwerdeverfahren von Einzelpersonen nach Ausschöpfung nationaler rechtlicher Möglichkeiten vorsieht und die Bundesregierung bereits im Jahr 2008 „das Ratifikationsverfahren als prioritäres Anliegen betreiben“ wollte (vgl. Seite 372)?
78. Abgeordnete
**Azize
Tank**
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung seit der Verabschiedung der revidierten Europäischen Sozialcharta durch den Europarat im Jahr 1996 im Hinblick auf eine zügige Ratifikation der Charta durch die Bundesrepublik Deutschland ergriffen, um die darin verbrieften sozialen Menschenrechte zu operationalisieren?

79. Abgeordnete
Corinna Ruffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Form hat die Bundesregierung die Entlastung der Kommunen von den Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in Höhe von 1 bzw. 5 Mrd. Euro (vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD) in ihre mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2018 eingestellt?
80. Abgeordnete
Corinna Ruffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es Ziel der Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarte Zahlung von 1 Mrd. Euro jährlich zur umgehenden Entlastung der Kommunen von den Kosten der Eingliederungshilfe auf zwei Jahre zu befristen, um damit zu unterstreichen, dass die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode ein Teilhabeleistungsgesetz schaffen wird, welches die Kommunen – wie im Koalitionsvertrag zugesagt – insgesamt in Höhe von 5 Mrd. Euro entlasten und das Leistungsrecht entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention weiterentwickeln wird?
81. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie würden sich der Beitragssatz und das Sicherungsniveau (in Prozent) langfristig bis zum Jahr 2030 entwickeln, wenn die Bundesregierung die so genannte Mütterrente aus Steuermitteln finanzieren würde (bitte für die jeweiligen Jahre getrennt ausweisen), und wie viele der insgesamt rund 9,5 Millionen Bestandsrentnerinnen und -rentner, die von der verbesserten Anrechnung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder profitieren, erhalten derzeit zusätzlich Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung?
82. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie haben sich in der Zeit von 2009 bis 2014 die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik entwickelt (bitte jährliche Angaben für Soll und Ist insgesamt sowie nach Rechtskreisen ausweisen), und wie sieht für diesen Bereich die mittelfristige Finanzplanung aus?
83. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich in der Zeit von 2009 bis 2014 die Zahl der Arbeitslosen entwickelt (bitte jährliche Angaben insgesamt, nach Rechtskreisen und Langzeitarbeitslosigkeit machen), und mit welcher Entwicklung der Arbeitslosigkeit rechnet die Bundesregierung in den kommenden Jahren?